



## Presseinformation

Nr. 214/2009

Kiel, Dienstag, 30. Juni 2009

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Ekkehard Klug, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

**Günther Hildebrand, MdL**

Schulpolitik/Nicht besetzbare Lehrerstellen

### Ekkehard Klug: Lehrerstellen nicht besetzbar – große Koalition macht Bildungspolitik zur Mangelverwaltung

Die FDP-Landtagsfraktion hat vom Bildungsministerium heute eine unverzügliche Auskunft darüber verlangt, wie viele der im Landeshaushalt vorgesehenen Lehrerstellen zum kommenden Schuljahr nicht besetzbar sein werden, weil es für diese Stellen nicht genügend Bewerber gibt. Außerdem müsse das Ministerium erklären, wie es unter diesen Umständen eine ausreichende Unterrichtsversorgung sicherstellen wolle.

**Ekkehard Klug**, bildungspolitischer Sprecher der Liberalen im schleswig-holsteinischen Landtag, sprach in diesem Zusammenhang von einer „Mischung aus Unfähigkeit und Sorglosigkeit“, mit der die Landesregierung die Schulen des Landes in eine schwierige Lage hineinmanövriert habe. Der nun offen zutage tretende Lehrermangel sei absehbar gewesen.

Auf das Problem nicht besetzbarer Lehrerstellen hatte in der vorigen Woche der schleswig-holsteinische Philologenverband in einer Pressemitteilung hingewiesen, ohne allerdings Zahlen zu nennen. Gestern sei nun aber auf einer regionalen Schulleitertagung von 80 Stellen im Bereich der Gymnasien die Rede gewesen. „Wenn dies zuträfe, dann wäre die von der ‚großen‘ Koalition versprochene Verbesserung der Unterrichtsversorgung an den Gymnasien kaum realisierbar“. Die Regierungskoalition hatte in der Schlussphase der Haushaltsberatungen im vorigen Jahr noch einmal 100 Stellen für Gymnasiallehrer „nachgelegt“, um dem hohem Schülerzuwachs in dieser Schulart Rechnung zu tragen.

Klug vertrat ferner die Auffassung, dass der zunehmende Lehrermangel auch durch ein Fehlen an Referendarstellen bedingt sei, folglich also teilweise „hausgemacht“ ist: Weil zu wenige Nachwuchskräfte die Chance erhielten, ihre Lehrerausbildung nach dem Studium im Vorbereitungsdienst abzuschließen, gebe es derzeit weniger Bewerber für reguläre Stellen als sonst möglich. Die Wartelisten der Kandidaten für Referendarplätze würden immer länger, und das Land speise die nicht ins Referendariat aufgenommenen Bewerber mit kurzzeitigen Aushilfsverträgen ab. „So macht die große Koalition Bildungspolitik immer mehr zur Mangelverwaltung“, schloss der FDP-Abgeordnete seine Kritik.

www.fdp-sh.de